

# VORTRAG

26.8. – 02.09.2019, Heidelberg

## ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Festrede zur Eröffnung der Sommerakademie „Demokratie gestalten!“  
der Begabtenförderungswerke

Professor Dr. Ursula Birsl  
Institut für Politikwissenschaft  
Philipps Universität Marburg

Als die „Leave“-Kampagne im Mai/Juni 2016 in Großbritannien auf ihren Höhepunkt zusteuerte und die Argumente für den Brexit immer abstruser wurden, glaubten wohl nur wenige, dass diese sich durchsetzen werden. Aber sie taten es. Als dann auch noch im November desselben Jahres Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gewählt wurde, und zwar nach einem Wahlkampf, in dem er und sein Wahlkampfteam demokratische Spielregeln gebrochen hatten, um einen Machtwechsel im Weißen Haus herbeizuführen, schwand die Gewissheit, dass sich letztendlich Vernunft und Wahrhaftigkeit gegen Skrupellosigkeit durchsetzen werden.

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt sind zwei US-amerikanische Politikwissenschaftler, die sich bislang vor allem mit dem Zusammenbruch von „jungen“ Demokratien beschäftigten. In ihrem vielbeachteten Buch mit dem Titel „Wie Demokratien sterben“ von 2018 bringen sie auf den Punkt, was viele in den Sozialwissenschaften umtreibt – nicht nur in den USA:

„(...) nun stellen wir fest, dass wir uns unserem eigenen Land zuwenden müssen. In den letzten Jahren haben wir Politiker Dinge sagen hören und tun sehen, die in den Vereinigten Staaten ohne Beispiel waren, von denen wir aber wissen, dass sie andernorts Vorboten demokratischer Krisen sind. Das bange Gefühl, das uns und viele andere Amerikaner beschleicht, versuchen wir mit dem Gedanken zu beschwichtigen, dass es bei uns doch gar nicht so schlimm sein könne. Wir wissen zwar, dass Demokratien stets zerbrechlich sind, aber die Demokratie in der wir leben, hat es doch irgendwie geschafft, der Schwerkraft zu trotzen“.

Weiter schreiben sie:

„Heutzutage behandeln amerikanische Politiker ihre Konkurrenten als Feinde, sie schüchtern die freie Presse ein und erkennen die Ergebnisse von Wahlen nicht an (Anmerkung UB: alles Beispiele für gebrochene demokratische Spielregeln). Sie versuchen institutionelle Puffer unserer Demokratie – Gerichte, Nachrichtendienste, Aufsichtsbehörden und so weiter – zu schwächen. Und Amerika ist nicht allein. Beobachter sind in zunehmendem Maße beunruhigt, denn die Demokratie scheint weltweit in Gefahr zu sein – selbst dort, wo sie seit langem als selbstverständlich gilt“.

Wir wissen aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert in Europa, dass Demokratien wieder zusammenbrechen können oder sich nicht vollständig in der Verfassungswirklichkeit demokratisch entfalten. Gegenwärtig erleben wir in ost-, mittelost- und südosteuropäischen Ländern ähnliches erneut. Damals wie heute waren es jedoch „junge“ Demokratien, die zusammenbrachen. Uns fehlt demgegenüber die historische Erfahrung, ob Demokratien, die als etabliert und stabil gelten, deren Existenz wir als selbstverständlich wahrnehmen, auch „sterben“ können.

Die USA und Großbritannien gehören zu den ältesten Demokratien des „Westens“. Die politischen Gesellschaften im westlichen Kontinentaleuropa zählen ebenso zu den etablierten Demokratien, so auch Deutschland. Sind also all diese wirklich in akuter Gefahr?

Der Soziologe und Sozialphilosoph Oskar Negt sieht es so und hat immer wieder davor gewarnt, dass die Gesellschaften – vor allem die deutsche Gesellschaft – nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust rechtzeitig „das Davor“ erkennen müssen, also den Zeitpunkt, an dem Demokratien in ihrer Existenz infrage gestellt werden, aber noch nicht unmittelbar bedroht sind. Dann könnten Gefahren für die demokratische Ordnung noch abgewendet werden. Unlängst hat er bei einer öffentlichen Veranstaltung konstatiert, wir befänden uns in diesem „Davor“, ja sogar bereits darüber hinaus. Das heißt, er sieht die Demokratie unmittelbar bedroht.

Ich selbst bin optimistischer – zumindest noch. Ich sehe zwar ebenfalls wie Levitsky und Ziblatt die Demokratien – wenn auch nicht alle gleichermaßen – in Gefahr. Ich würde auch so weit gehen, zu sagen, wir befinden uns im „Davor“. Denn Demagogen sowie antidemokratische Parteien und Bewegungen stellen die „Systemfrage“. Sie sehen Volksherrschaft ganz im Sinn Carl Schmitts, einem ihrer Vordenker, in der Diktatur verwirklicht. Aber sind sie bereits so mächtig, dass sie etablierten Demokratien die Zukunft nehmen können? Eine solche Einschätzung wäre mir zu defätistisch. Es ist unstrittig, dass das Sterben einer Demokratie keine Schicksalsfrage ist. Ob diese Bedrohung eintritt oder abgewendet werden kann, hängt entscheidend vom Handeln prodemokratischer Akteure ab – von Akteuren in der Politik, in der Wirtschaft und nicht zuletzt in der Zivilgesellschaft. In der gegenwärtigen Situation kann sogar eine Chance für die Demokratie liegen, und zwar die Chance, sie wieder zu beleben, sie zu demokratisieren.

Bevor ich jedoch auf diese Chance zu sprechen komme, möchte ich Antworten auf zwei Fragen finden:

1. Demokratie unter Druck: Wie lässt sich der Zustand von etablierten Demokratien in Europa einschätzen? Ich konzentriere mich dabei auf Westeuropa, da die politische Lage in den Transformationsgesellschaften in Ost-, Mittelost- und Südosteuropa eine besondere ist und mit Westeuropa kaum vergleichbar ist. Nur wenige dieser Gesellschaften hatten bislang Chancen, sich zu demokratisieren.
2. Angriff der Antidemokraten: Wie machen sich diese die Probleme in den Demokratien zunutze?

Die Antworten führen mich dann zu meinem Anliegen am Schluss: Wo liegen die gesellschaftlichen Potenziale der Demokratie eine Zukunft zu geben?

# 1. DEMOKRATIE UNTER DRUCK: WIE LÄSST SICH DER ZUSTAND VON ETABLIERTEN DEMOKRATIEN IN EUROPA EINSCHÄTZEN?

Die Bilanz für Westeuropa fällt zwiespältig aus. Wenn wir verschiedene Demokratie-Indizes zu Rate ziehen, die uns in der Politikwissenschaft zur Verfügung stehen, dann weisen die skandinavischen Länder – und hier vor allem Dänemark – mit Abstand die höchste Demokratiequalität auf. Das gilt auch für die Schweiz und die Niederlande. Diesen Ländern kann attestiert werden, dass sie die am weitesten entwickelten Demokratien weltweit sind. Österreich, Italien und Deutschland rangieren im europäischen Vergleich eher im Mittelfeld. Mit den südeuropäischen Staaten Portugal, Spanien und Griechenland präsentiert sich das Land der Aufklärung, Frankreich, eher mit einer mäßig entwickelten Qualität seiner Demokratie. Was die meisten Demokratien eint, ist, dass sie in Folge der Finanzmarktkrise von 2007/2008 an Gehalt verloren haben. Es hat eine Verschiebung politischer Macht hin zur Exekutive und zu Lasten der Legislative, also der Parlamente, aber auch zu Lasten der Öffentlichkeit gegeben. Damit werden die Demokratien in ihrem Wesen berührt: in der demokratischen Kontrolle politischer Herrschaft durch die Gesellschaft. Die Kontrolle politischer Herrschaft vollzieht sich über die politische Partizipation, die politische Repräsentation sozialer Interessen u.a. über Parteien in den Parlamenten und in der Transparenz über politische Entscheidungsprozesse. Es geht bei der Herrschaftskontrolle um die Frage: Wer ist verantwortlich für politische Entscheidungen, wessen Interessen werden dabei berücksichtigt und welche nicht? Wer kann für die politischen Entscheidungen zur Verantwortung gezogen werden? Transparenz über politische Entscheidungen und damit Öffentlichkeit herzustellen, ist eine vorrangige Aufgabe von Medien. Haben sie hinreichend die Chance dazu? Dieses Wesen der Demokratie war in allen Ländern schon vor der Finanzmarktkrise mit Defiziten ausgestattet und das Ergebnis einer Entwicklung seit den 1970er und 1980er Jahren. Erst über diese Entwicklung lässt sich der gegenwärtige Zustand der Demokratien besser erfassen.

Verstehen wir Demokratie nicht nur als ein statisches Gebilde aus Institutionen und Organen, sondern prozessual, dann meint Demokratie die Chance, Konflikte friedlich auszutragen und politische Herrschaft und Herrschaftsausübung kritisch zu hinterfragen. Das prozessuale Verständnis von demokratischer Herrschaftsweise zielt auf Herrschaft als soziales und konflikthafte Verhältnis sowie auf die Chancenstruktur in einer politischen Gesellschaft, über Herrschaftsverhältnisse zu reflektieren und diese weiter zu demokratisieren.

Soweit die Theorie. Nun beobachten wir in der Demokratieforschung seit längerem, dass die Demokratie ihren prozessualen Charakter zu verlieren droht und sich auf dem Rückzug befindet – nicht unbedingt in den staatlichen Ordnungen, aber in den politischen Gesellschaften – zunächst sehr schleichend. Heute sind die Folgen der Entwicklung sichtbar. Gehen wir in die jüngere Geschichte der Demokratien zurück:

Mit der Demokratisierung der Gesellschaften ging das Versprechen einher, dass durch die Möglichkeiten politischer Teilhabe diese egalitärer werden. Mit dem Ausbau der Sozialstaaten nach 1945 und den Bildungsreformen ab den 1960er Jahren schien ein sozialer Kompromiss zwischen den unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Interessen gefunden, der dieses Versprechen einzulösen schien. Vor allem Facharbeitermilieus wurden hierüber gesellschaftlich integriert; Frauen fanden Zugang zum Arbeitsmarkt und wurden sukzessive in ihren sozialen Rechten zumindest formal gleichgestellt (es war allerdings ein Zugang in den Arbeitsmarkt unter prekären Bedingungen. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis begann dabei bereits zu erodieren). Die Demokratisierung beschränkte sich in dieser Zeit nicht auf die öffentliche und damit politische Sphäre, sondern schloss eine Intervention in soziale Beziehungen in der Ökonomie mit ein – etwa über betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten und das Streikrecht der Gewerkschaften. Der „demokratische Kapitalismus der Nachkriegszeit“ – wie der Soziologe Wolfgang Streeck (2013) die Zeit bis Ende der 1970er Jahre beschreibt – war noch dadurch gekennzeichnet, dass in dessen politischer Ökonomie „zwei konkurrierende Verteilungsprinzipien zugleich institutionalisiert waren“, die Wolfgang Streeck als Marktgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit bezeichnet. Streeck befürchtet, dass nunmehr normativ-kulturell die Marktgerechtigkeit über die soziale Gerechtigkeit obsiegt hat. Der französische Soziologe Robert Castel sieht in diesem Vorgang den sozialen Kompromiss der Nachkriegsjahrzehnte aufgekündigt, der zu einem Umbau der Sozialstaaten sowie zu einer „Entkollektivierung“ und zu einer „Re-Individualisierung“ gesellschaftlicher Risiken führte. Ich selbst nenne diesen Prozess in den 1970er und vor allem 1980er Jahren den neoliberalen *turn* in der Politik und politischen Kultur. Dieser neoliberale *turn* ist eng mit den Namen Ronald Reagan – dem ehemaligen US-Präsidenten – und Margaret Thatcher – der ehemaligen Premierministerin Großbritanniens – verbunden, fand aber bereits in den 1970er Jahren in Lateinamerika in Militärdiktaturen seinen Niederschlag.

Der neoliberale *turn* kann als eine politische Reaktion auf den sogenannten Ölpreisschock und die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1970er Jahre verstanden werden. Diese war wiederum Ausdruck eines beginnenden tiefgreifenden wirt-

schaftlichen und globalen Strukturwandels. In den Sozialwissenschaften wird mittlerweile dieser Strukturwandel in Anlehnung an den ungarisch-österreichischen Wirtschaftssoziologen Karl Polanyi als eine „zweite große Transformation“ bezeichnet. Polanyi beschrieb in seinem 1944 erschienen Buch „The Great Transformation“ den Übergang in den Industriekapitalismus und in die Moderne im 19. und 20. Jahrhundert in Europa. Diesem Epochenwechsel in die Moderne folgten gesellschaftliche Verwerfungen, die nach heutigem Stand der Forschung durch politisches Handeln oder auch Nicht-Handeln ausgelöst wurden, zum Zusammenbruch von Demokratien und u.a. in den italienischen Faschismus sowie deutschen Nationalsozialismus führten. Unter der „zweiten großen Transformation“ in der Gegenwart wird nun gleichfalls ein Epochenwechsel gesehen, der als Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft sowie in eine Finanzialisierung und Digitalisierung des Kapitalismus beschrieben wird. Damit radikalisiert sich die Moderne – einige sprechen auch von der Postmoderne oder Zweiten Moderne. Sie dehnt sich in ihren Institutionen weltweit aus und wird zu einer globalen und verflochtenen Moderne. Für Europa werden vergleichbare gesellschaftliche Verwerfungen befürchtet wie in der Zwischenkriegszeit. Das weckt ungute Erinnerungen.

Diese Erinnerungen werden dadurch genährt, dass es Parallelen im Wahlverhalten gibt. So kommen die Historiker Davide Cantoni, Felix Hagemeyer und Mark Westcott in einer aktuellen Studie zu „Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology“ für Westdeutschland zu dem Ergebnis, dass ein empirischer Zusammenhang zwischen den Orten auszumachen ist, in denen in den 1930er Jahren vermehrt die NSDAP und in der Gegenwart vermehrt die AfD gewählt wurde. Aus Wahlanalysen lässt sich im Abgleich zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und auch den USA zugleich herauslesen, dass populistische radikal rechte Parteien und Demagogen vor allem in industrialisierten ländlichen Räumen und sogenannten Rust Belts mobilisieren können und hier besonders Angehörige traditioneller Arbeitnehmer- und Facharbeitermilieus sowie des Mittelstands. Es sind die Räume und Regionen, in denen der Epochenwechsel bzw. die zweite große Transformation besonders durchschlägt. In Ostdeutschland kommt belastend hinzu, dass der gesellschaftliche und demokratische Transformationsprozess nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik noch nicht abgeschlossen ist. Der ostdeutschen Gesellschaft wurde binnen weniger Jahre ein dreifacher Transformationsprozess abverlangt, für den andere Gesellschaften bis zu hundert Jahre benötigten: (1) die Transformation in den Kapitalismus und dessen marktwirtschaftliche Ordnung, die sich in der Geschichte unter vor- oder nicht-demokratischen Vorzeichen vollzogen hat,

(2) die Transformation in eine neue gesellschaftliche Ordnung sowie (3) die Transformation in eine demokratische politische Ordnung. Hinzu kam, dass die DDR als Staat in sich zusammenbrach, so dass die territoriale Integrität neu geklärt werden musste. Der Sozialwissenschaftler Claus Offe, nannte diese Herausforderungen 1991 mit Blick auf die ost- und mitteleuropäischen Staaten das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“, das strenggenommen kaum aufzulösen ist – außer durch eine Transformation in eine Autokratie. Hieraus lässt sich erklären, wieso das Mobilisierungspotenzial der AfD in West- und Ostdeutschland stark auseinanderfällt: Im Westen liegt es bei 10 bis 15 Prozent und im Osten bei zum Teil weit über 20 Prozent.

Die Demokratie in vielen westeuropäischen Staaten steht also unter Druck. Sie droht ihren prozessualen Charakter zu verlieren und sich aus der Gesellschaft zurückzuziehen. Diese Entwicklung ist eng mit dem Ende des „demokratischen Kapitalismus“ und dem neoliberalen *turn* verbunden, mit dem sich in Zeiten der zweiten großen Transformation die Logik einer Marktgerechtigkeit als normative Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit durchzusetzen droht. All dies arbeitet gegen den oft beschworenen gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen das Versprechen der egalitären Teilhabe und damit gegen die Demokratie.

## 2. ANGRIFF DER ANTIDEMOKRATEN: WIE MACHEN SIE SICH DIE PROBLEME IN DEN DEMOKRATIEN ZUNUTZE?

Demagogen und radikal rechte Parteien haken bei diesen Problemen der liberalen Demokratie ein und wenden sie populistisch gegen sie. Dies gelingt ihnen aber erst in jüngere Vergangenheit erfolgreich. Es waren zwei Ereignisse, die ihnen in die Hände spielten.

Als allererstes bot ihnen die Finanzmarktkrise ein willkommenes Agitationsfeld. In dieser sahen sie die Möglichkeit, gegen „die“ Elite in der Europäischen Union zu agitieren, womit vor allem die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der Europäische Rat gemeint waren. Und gegen die nationalen politischen Eliten, die sich mit der EU „gemein machten“ und sich gegen die Interessen „des Volkes“ stellten, um Banken zu retten und Interessen „des Kapitals“ durchzusetzen. „Dem Volk“ werde hierdurch die Macht entrisen. Die Medien sekundierten in einer Allianz die Eliten nur, statt zu sagen, was „wirklich“ sei (Stichwort: „Lügenpresse“). Verschwörungsmythen mit antisemitischen Anklängen scheinen auf. Interessant daran ist, dass viele dieser radikal rechten Parteien zuvor proeuropäisch orientiert waren – und wirtschaftsli-

beral. Nun zogen sie die Karte des Anti-Europäismus. Diese Karte spielen seitdem radikal rechte Parteien vor allem in den Ländern – so die Politikwissenschaftler Frank Decker, Bernd Hennigsen und Kjetil Jakobsen 2015 –, „die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden“.

Die Finanzmarktkrise war nur der Auftakt und nicht nachhaltig für antidemokratische Parteien. Der zweite „Glücksfall“ war die sogenannten Flüchtlingskrise von 2015, die in der Migrationsforschung als „Krise der Migrationspolitik“ (Sonja Buckel) verhandelt wird. Sie bot die nächste Gelegenheit und Eskalationsstufe, „die Elite“ – nunmehr die „kosmopolitische Elite“ und „das Establishment“ – als Feind „des Volkes“ zu definieren; ein „Volk“, das durch einen „Bevölkerungsaustausch“, eine „Umvolkung“ (Björn Höcke) durch eine „urbane Elite“ (Alexander Gauland) bedroht werde. Diese „urbane“ oder „kosmopolitische Elite“ kenne keine „Heimat“, aber „Multikulturalismus“. Es ist ein alt bekannter, antisemitischer Topos, der hier wieder zum Leben erwacht. Hierzu ein Zitat aus dem Protokoll einer Rede:

„Der Völkerstreit und der Haß untereinander, er wird gepflegt von ganz bestimmten Interessenten. Es ist ein(e) kleine wurzellose internationale Clique, die die Völker gegeneinander hetzt, die nicht will, daß sie zur Ruhe kommen. Es sind das die Menschen, die überall und nirgends zuhause sind, sondern die heute in Berlin leben, morgen genauso in Brüssel sein können, übermorgen in Paris und dann wieder in Prag oder Wien oder in London, und die sich überall zu Hause fühlen“. Aus dem Publikum wird der Zuruf „Juden!“ protokolliert. „Es sind die einzigen, die wirklich als internationale Elemente anzusprechen sind, weil sie überall ihre Geschäfte betätigen können, aber das Volk kann ihnen gar nicht nachfolgen, das Volk ist ja gekettet an seinen Boden, ist gekettet an seine Heimat, ist gebunden an die Lebensmöglichkeiten seines Staates, der Nation. Das Volk kann ihnen nicht nachgehen“ (URL: <http://www.filmarchives-online.eu/viewDetailForm?FilmworkID=aaa546b529f-11070db805811df326094>, Zugriff: 13.08.2019).

Diese Rede hielt Adolf Hitler am 10. November 1933 vor Arbeiterinnen und Arbeitern in Siemensstadt. In Internetforen wurde darüber diskutiert, ob Alexander Gauland diese Rede Hitlers kannte, als er für die Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Gastbeitrag „Warum muss es Populismus sein?“ schrieb und dabei auf diesen Topos anspielte. Der Beitrag erschien am 6. Oktober letzten Jahres. Ich finde es nicht relevant, ob Gauland Hitlers Rede kannte. Interessanter ist, dass er dieselbe Argumentationsfigur bemüht.

Vertreterinnen und Vertreter prodemokratischer Parteien stiegen in den Diskurs von Demagogen ein, „normalisierten“ und verstärkten ihn, statt

sich dagegen zu stellen. In der Leave-Kampagne in Großbritannien nahm die Debatte um Flucht und Asyl eine prominente Rolle ein. Das Asylrecht wurde in mehreren EU-Staaten eingeschränkt, und Fliehende ohne Visa und Papiere wurden zu „Illegalen“ erklärt. Der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer wird von der italienischen Regierung die Legitimation abgesprochen und kriminalisiert. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und heutige Bundesinnenminister Horst Seehofer sah eine „Herrschaft des Unrechts“ walten, als die deutschen Grenzen gemäß des Dublin-Abkommens im September 2015 nicht geschlossen wurden. Auf diesen Ausspruch „Herrschaft der Unrechts“ beziehen sich bis heute rassistische und antidemokratische Kommentare in sozialen Medien und verbinden damit die „Systemfrage“. In Dänemark reüssierte die sozialdemokratische Partei bei nationalen Wahlen im Juni 2019 mit einem dezidiert Anti-Migrationswahlkampf. Dänemark sah sich in der Vergangenheit als offene Einwanderungsgesellschaft, die viel Wert auf ihre Fähigkeit zur Integration legte.

Während sich die AfD erst 2013 in Folge der Finanzmarktkrise als euroskeptische sowie rechts- und wirtschaftsliberale Partei gründete, können andere populistische radikal rechte Parteien auf eine vierzig- bis fast fünfzigjährige Geschichte zurückblicken. Sie gehören zu den festen Größen in den nationalen Parteiensystemen. Dazu gehören die Schweizerische Volkspartei, die Fortschrittspartei in Norwegen und Dänemark – in Dänemark ist sie die Vorgängerin der Dänischen Volkspartei. Weiterhin zählen zu den ältesten populistischen radikal rechten Parteien der Front National in Frankreich, der sich nunmehr Rassemblement National nennt oder die Lega in Italien. Die Lega zählt inzwischen zu den ältesten Parteien des aktuellen italienischen Parteiensystems. Dieses kollabierte Mitte der 1990er Jahre in Folge von Korruptionsskandalen. Die Lega überlebte. Die FPÖ in Österreich entstand bereits 1955 als Sammlungspartei des sogenannten dritten Lagers. Das heißt, die Partei verstand sich damals als antiklerikal, antisozialistisch, liberal und deutschnational. Sie sah sich auch als Partei der „Ehemaligen“, also von Nationalsozialisten.

In Italien und der Bundesrepublik Deutschland bildeten sich nach dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus Parteien, die ideologisch in der Tradition der Mussolini Partei „Partito Nazionale Fascista“ bzw. der NSDAP standen und bis heute stehen. Sie unterscheidet zur Lega und AfD im Wesentlichen nur, dass sie nicht wie diese die Klaviatur des Populismus zu spielen verstehen. Ideologisch stehen sie in derselben Kontinuität.

Bislang galten die südeuropäischen Länder als Orte, an denen populistische radikal rechte Parteien nicht reüssieren konnten. Denn ehemalige An-

gehörige der Militärregime, die Mitte der 1970er in sich zusammenbrachen, konnten in konservativen Parteien integriert werden. So fanden etwa in Spanien Falangisten des Franco-Regimes nach 1975 eine politische Heimat in der Alianza Popular, der heutigen konservativen Partei Partido Popular. 2013 gründeten „Enttäuschte“ der Partido Popular die populistische radikal rechte Partei Vox, die aber kaum Wirkung entfaltete – zumindest bis vor kurzem nicht. Denn jüngst konnte sie bei den Regionalwahlen in Andalusien, dann bei den Europawahlen und nationalen Wahlen beachtliche Erfolge einfahren.

Populistische radikal rechte Parteien gehören damit zur Geschichte der liberalen Demokratien in Westeuropa nach 1945. Auffällig ist, dass sie sich früh in Gesellschaften etablieren konnten, die sich in ihrer Demokratiequalität – mit Ausnahme von Frankreich – relativ gut entwickelt haben. Sie waren in ihrer Gründungsphase zumeist als ultraliberalistische oder neoliberale Parteien gestartet. Das neoliberale Denken haben sie bis heute nicht aufgegeben – wie auch Teile der AfD nicht, obwohl sich der „Lücke-Flügel“ 2015 abspaltete. Dieses neoliberale Denken wird mit einem rückwärtsgewandten Nationalismus, mit Rassismus und mit einem zum Teil aggressiven Antifeminismus verbunden. Die US-amerikanische Soziologin Nancy Fraser nennt diese Verknüpfung von rückwärtsgewandten Ideologien mit neoliberalem Denken treffend einen regressiven Neoliberalismus. Diese Parteien des regressiven Neoliberalismus haben in ihrer Geschichte immer wieder Wahlerfolge feiern können. So ist in der Schweiz die Schweizer Volkspartei schon seit längerem die stärkste Partei bei Wahlen und im Bundesrat vertreten, also an der Bundesregierung beteiligt. In Dänemark war die Dänische Volkspartei in der jüngeren Vergangenheit mehrmals Mehrheitsbeschafferin von Minderheitsregierungen. Die FPÖ in Österreich wurde von der konservativen ÖVP bereits 2000 als Koalitionspartnerin in die Bundesregierung geholt. Die SPÖ ließ und lässt sich auf Länderebene auf Koalitionen mit der populistischen radikal rechten Partei ein – auch schon mal als Juniorpartnerin.

Antidemokratische Akteure des regressiven Neoliberalismus setzen an sozialen Konflikten an, die sich in der zweiten großen Transformation zuspitzen und die Gesellschaften polarisieren. Sie politisieren diese Konflikte, um sie zu ethnisieren und die öffentliche Debatte in Richtung Nationalismus und Autoritarismus zu verschieben. Sie stellen dabei die „Systemfrage“. Sie mobilisieren soziale Milieus gegen das „Establishment“, gegen eine „kosmopolitische Elite“, die sich vom „Volk“ entfremdet und es betrogen hätte. Dem „Volk“, so die Botschaft, sei die Macht durch das Establishment aus „urbaner Elite“, politischen Parteien, Medien, Wissenschaft und Großunternehmen geraubt wor-

den. Die Demagogen versprechen, für das „Volk“ die Macht zurückzuerobern. Dabei geht es um nichts anderes, als um Herrschaftsaneignung durch eine Gegenelite. Die antidemokratischen Akteure nutzen das Offene und Prozessuale der etablierten Demokratie, um sie dadurch zu schwächen oder in eine Diktatur umzuformen.

### 3. ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Zusammengenommen scheint der Zustand etablierter Demokratien besorgniserregend und wirken die Angriffe der Antidemokraten beunruhigend. Dennoch ist meine These, dass bislang politisch-kulturell kein Rechtsruck in den politischen Gesellschaften etablierter Demokratien auszumachen ist. Diese These stützen empirische Untersuchungen.

So stellen etwa die Politikwissenschaftlerin Amy Alexander und der Politikwissenschaftler Christian Welzel (2017) fest, dass sich die Gesellschaften in Demokratien in den vergangenen rund drei Jahrzehnten spürbar liberalisiert haben: gegenüber Einwanderung, Pluralisierung von Lebensstilen, unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Geschlechteridentitäten. Diese Liberalisierung hat alle sozialen Milieus erfasst, wenn auch nicht in einem gleichen Umfang, wie beispielsweise Teile der sogenannten „Upper Class“, des traditionellen Bildungsbürgertums. Aus dieser – so meine Interpretation der Befunde – speist sich zum Teil die Gegenelite etwa in Deutschland. Die Gesellschaften sind in ihren Wertorientierungen durchaus polarisiert, Alexander und Welzel sehen aber insgesamt ein nur begrenztes Mobilisierungspotenzial für populistische antidemokratische Akteure. Diese Erkenntnisse ziehen sie aus einer Sonderauswertung im zeitlichen Längsschnitt der European Value Study und des World Value Surveys in sieben ausgewählten Demokratien in unterschiedlichen Weltregionen. Aus Europa sind Deutschland, Spanien und Schweden vertreten.

Auch empirische Untersuchungen ausschließlich in Deutschland machen Mut. So auch die sogenannte Mitte-Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, die vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt wird. Hiernach zeigt sich, dass das extrem rechte Einstellungspotenzial auf einem äußerst niedrigen Niveau verharrt. In den Bereichen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und des Misstrauen gegenüber der Praxis der Demokratie gibt es kaum eine oder keine Zunahme – auch nicht nach dem Sommer der Einwanderung 2015. Und: Grundlegende demokratische Normen finden hohe Zustimmung und das Vertrauen in die Demokratie ist unerschüttert. Zugleich sind nach den Befunden der Mit-

te-Studie von 2018/2019 bei Dreiviertel der Befragten die Sorgen gegenüber Rassismus und Rechtspopulismus groß; 60% sehen durch den Rechtspopulismus die Demokratie bedroht.

Ebenso machen Protestbewegungen Mut. In den vergangenen Jahren erlebten wir Großdemonstrationen für Einwanderung und gegen Rassismus oder in verschiedenen Bundesländern – hier vor allem in Bayern – gegen präventive Kriminalpolitik, also gegen neue Polizeigesetze, durch die die Protestierenden Grundrechte bedroht sahen. Es waren Demonstrationen in Größenordnungen, die teilweise die der Friedensbewegung zu Beginn der 1980er Jahre übertrafen, aber öffentlich nur wenig wahrgenommen wurden. Noch handelt es sich um Protestbewegungen und damit noch nicht um soziale Bewegungen, die auf eine gewisse Dauer gestellt sind, sich organisieren und politische Parteien nachhaltig unter Druck setzen können. „Fridays for Future“ versuchen zurzeit diesen Schritt der Organisierung zu gehen.

Ich sehe also keine „Verlorene Mitte“, wie es der Titel der Mitte-Studie 2018/2019 suggeriert, sondern eine gesellschaftliche Mitte in Bewegung und hierin ein kaum zu unterschätzendes Potenzial für die Zukunft der Demokratie.

Wenn ich an die Zukunft der Demokratie denke und damit an das Thema der Sommerakademie „Demokratie gestalten!“, dann sehe ich zwei Felder, in denen gearbeitet werden könnte: (1) Abwehr der Antidemokraten und (2) Rückeroberung der Idee der Demokratie.

### **(1) Abwehr der Antidemokraten:**

Wie ich eingangs bereits erwähnt habe, ist es keine Schicksalsfrage, ob Demokratien durch antidemokratische Akteure akut bedroht werden. Die Erfahrung lehrt uns hier dreierlei: Erstens Demagogen und populistische radikal rechte Parteien gelangen nicht etwa durch einen Putsch, sondern durch Wahlen an die Macht, wie in den USA oder bis vor kurzem in Österreich und in Italien. Antidemokratische Akteure sind zweitens früh zu erkennen: Sie brechen informelle Regeln des Politischen, vor allem demokratische Spielregeln, leugnen die Legitimität politischer Gegnerinnen und Gegner, tolerieren oder ermutigen zur Gewalt gegen diese und zeigen die Bereitschaft, bürgerliche Freiheitsrechte von politischen Gegnerinnen und Gegnern einzuschränken, womit dann auch Medien gemeint sind. Diese Liste kann auch als ein Lackmустest gesehen werden, wie ihn der Politikwissenschaftler Juan J. Linz 1978 in seiner Studie „The Breakdown of Democratic Regimes“ entwickelt hatte und der von Levitsky und Ziblatt zu Rate gezogen wurde, um Donald Trump einzuordnen. Der Weg an die Macht wird ihnen drittens oftmals durch prodemokratische Parteien in der Hoffnung geebnet, sie dadurch

einhegen zu können – etwa durch eine Regierungsbeteiligung. Dies ist ein Fehlschluss. Gelangen Antidemokraten an die Macht, werden sie selten moderater, sondern versuchen, ihre Macht auszubauen, wie es aktuell Matteo Salvini in Italien anstrebt. Durch eine Regierungsbeteiligung erhalten sie zudem Zugriff auf Ministerien und auf nachgeordnete Behörden. Sie sind dann in der Lage, diese nach und nach umzubauen sowie mit eigenen Leuten zu besetzen. Wie groß dieses Risiko ist, war in Österreich unter dem FPÖ-Innenminister Herbert Kickl zu beobachten.

Zusammengenommen erfordert all dies, Sensibilität zu entwickeln, um Demagogen und antidemokratische Akteure frühzeitig zu erkennen und in jeden Fall nicht zu unterschätzen. Das gilt umso mehr, wenn solche Akteure die Instrumente des Populismus zu spielen verstehen. Für prodemokratische Parteien ist damit die Warnung verbunden, mit diesen keine Bündnisse einzugehen – selbst auf kommunaler und Landesebene nicht. Ihnen wird damit nicht nur der Zugang zu politischer Macht geebnet, sondern sie werden hierdurch zur Normalität.

### **(2) Rückeroberung der Idee der Demokratie**

Den Übergang in die radikalisierte Moderne bezeichnete der französische Politikwissenschaftler Jean Marie Guéhenno 1993 in seinem Buch „Das Ende der Demokratie“ als das Ende des „institutionellen Zeitalters“. Er sah in diesem Epochenwechsel das Zeitalter der Demokratie vergehen: „Nun werden wir erkennen müssen, daß die Unterschiede zwischen der nun beginnenden Epoche und den aus der Aufklärung entstandenen Strukturen größer sind als die zwischen diesen Strukturen und denen der patrimonialen Epoche, die ihnen vorausging (...). Da wir nichts anderes kennengelernt haben, ist unser geistiger Horizont durch die Begriffe Demokratie, Politik, Freiheit begrenzt, doch sind wir uns ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht mehr gewiß, und wir hängen inzwischen an ihnen mehr aus Reflex als aus Reflexion“.

Seine düstere Prognose teile ich nicht. Jedoch macht Guéhenno auf einen entscheidenden Umstand aufmerksam: Über was wird eigentlich gesprochen, wenn von Demokratie die Rede ist?

Demokratie ist nicht allein ein Wertesystem, sondern eine gesellschaftliche Ordnung, die auf Werten als geteilten Sinnhorizont einer politischen Gesellschaft basiert. Die gesellschaftliche Ordnung mit ihrem Wertesystem ist einem beständigen Wandel unterworfen, also prozesshaft und deshalb „zerbrechlich“ – oder auch offen für Demokratisierung. Eingangs habe ich davon gesprochen, dass die Demokratie ihren prozessualen Charakter zu verlieren droht und sich aus der politischen Gesellschaft zurückzieht. Wenn wir nun

über die Idee der Demokratie reflektieren und nicht nur an ihr „als Reflex hängen“, wie Guéhenno sagt, wo wäre anzusetzen?

Debattieren wir gegenwärtig über Demokratie, dann in einem zweifach reduzierten Verständnis: Erstens reduziert sich die Idee der Demokratie auf die politische Demokratie und damit auf die öffentliche Sphäre. Es werden zweitens Werte beschworen, ohne ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Ordnung zu reflektieren.

Demokratische Herrschaft ist ein soziales und ein konflikthafte Verhältnis, in dem es um die Auseinandersetzung um Partizipation geht, und zwar nicht nur um politische, sondern gleichfalls um soziale Teilhabe. Demokratie beschränkt sich damit nicht allein auf das Politische, sondern schließt das Soziale mit ein. Folgen wir der Krisendiagnose von Wolfgang Streeck, dann müsste der „Entdemokratisierung der Ökonomie und der Entökonomisierung der Demokratie“ eine „Re-Demokratisierung der Ökonomie und eine Re-Ökonomisierung der Demokratie“ entgegengesetzt werden. Es wäre ein Plädoyer, die politische Demokratie wieder um die soziale Demokratie zu erweitern. Hierfür bedürfte es zunächst allerdings einer Repolitisierung der Demokratie, so dass die Auseinandersetzung um Teilhabe in der gegenwärtigen historischen Situation auf die politische Tagesordnung gesetzt werden kann. Parteien, Interessenverbände und soziale Bewegungen sind dabei gleichermaßen gefordert. Hierin besteht dann auch die Chance, diejenigen wieder mit einzubeziehen, die vom Epochenwechsel im besonderen Maß betroffen sind. Und wir kommen den Versprechen der Demokratie wieder näher.